

# TROTZ BUGA: **VERGISS MEIN NICHT...**

**SCHULDEN**  
abbauen

**STRASSEN**  
sanieren

**SCHULEN**  
renovieren

**FEUER-  
WEHREN**  
stärken

**KINDER-  
BETREUUNG**  
ausbauen

**Stadtrat Volker Beisel**  
**Vorsitzender der FDP-Fraktion im Gemeinderat**  
Etatrede 2014/2015, gehalten vor dem Gemeinderat der  
Stadt Mannheim am 19. November 2013



## **Inhalt**

|                                                                            |    |
|----------------------------------------------------------------------------|----|
| Bundesgartenschau 2023.....                                                | 3  |
| Verschuldung der Stadt Mannheim und finanzielle Risiken .....              | 5  |
| Nicht im Haushalt: Herschelbad, Multihalle, Collini-Center.....            | 6  |
| Kinder und Bildung .....                                                   | 7  |
| Frühe Chancen ermöglichen.....                                             | 7  |
| Kinderbetreuung .....                                                      | 7  |
| Kommunale Schullandschaft: von der Grundschule bis zum Abitur.....         | 9  |
| Leistungsfähige Infrastruktur – eine Investition in die Zukunft.....       | 12 |
| Förderung des Radverkehrs: eine notwendige und sinnvolle Maßnahme .....    | 12 |
| City-Airport: Linienflug nach Berlin von entscheidender Bedeutung .....    | 13 |
| Retter in der Not: Feuerwehren in Mannheim .....                           | 14 |
| Stadtentwicklung für Mannheim.....                                         | 15 |
| Konversion – eine Jahrhundertherausforderung .....                         | 15 |
| Glückstein-Quartier .....                                                  | 17 |
| Luisen- und Herzogenriedpark mit Sanierungsstau.....                       | 17 |
| Raum zum Spielen – Raum zum Entdecken.....                                 | 17 |
| Sport .....                                                                | 18 |
| Kultur als Standortfaktor – was können und wollen wir uns leisten? .....   | 19 |
| Europäische Kulturhauptstadt .....                                         | 19 |
| Unesco-City of Music .....                                                 | 20 |
| Zentrum für darstellende Künste .....                                      | 20 |
| Kommunale Museen .....                                                     | 20 |
| Stuttgart ist in der Pflicht: Nationaltheater Mannheim.....                | 21 |
| Wirtschaft .....                                                           | 22 |
| „Made in Mannheim“ .....                                                   | 22 |
| Kreativwirtschaftszentrum: von 10,9 Millionen auf 15,3 Millionen Euro..... | 22 |
| Kongress- und Messestadt Mannheim .....                                    | 23 |
| Schlussbemerkungen .....                                                   | 24 |
| Stichwortverzeichnis.....                                                  | 26 |

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

die Stadt erwartet erfreulicherweise weiterhin Rekordeinnahmen, dennoch birgt der vorgestellte Doppelhaushalt 2014/2015 nach Ansicht der FDP-Fraktion große Risiken. Sie mögen den Blick auf die Risiken und die unterlassenen Investitionen und Sanierungen in unserer Stadt als „Fokus auf den Mangel richten“ bezeichnen, wir Liberalen verstehen es jedoch als Verantwortung gegenüber den Bürgern, die Chancen, aber auch die Risiken klar und deutlich beim Namen zu nennen.

Der Schuldenabbau ist ein Kernanliegen der FDP. Doch was hier vorliegt, ist schöngefärbt. Zum einen liegt der Ansatz beim Schuldenabbau deutlich unter den Planungen von vor zwei Jahren. Zum anderen brüstet sich die Verwaltung mit einem Schuldenabbau beim „Refinanzierungsdarlehen für die Sparkasse“, obwohl die Sparkasse diese Schulden selbst zurückzahlt und die Stadt nur Gewährträger ist. Tatsache ist: die Kämmereischulden steigen stark an!

Der Rückgriff in die liquiden Mittel – also unsere Rücklagen für schlechte Zeiten – ist erschreckend hoch und die reale Finanzsituation wird durch Auslagerung des wichtigen aber teuren Projektes „Konversion“ in eine Tochtergesellschaft im städtischen Haushalt nicht sichtbar.

Die Verwaltung rechnet darüber hinaus bei der Eingliederungshilfe Bundeszuschüsse ein, obwohl eine konkrete Zusage – geschweige denn ein realer Gesetzesentwurf – nicht vorliegt. Das ist unseriös. Keiner kann sicher sagen, ob es bereits im nächsten Jahr zu einer Einigung mit dem Bund kommt und wie diese aussehen wird.

Weitere Ausgaben, wie Tarifsteigerungen, sind sehr gering angesetzt oder fehlen komplett. So zum Beispiel die im Rahmen des Bürgerentscheids wiederholt angekündigten Rückstellungen in Höhe von 72 Millionen Euro für die Bundesgartenschau (BUGA) 2023.

Vor zwei Jahren wurde mit rot-rot-grüner Mehrheit der Hebesatz für die Gewerbesteuer auf den höchsten Hebesatz in der Region erhöht. Die SPD wollte mit diesen Steuermehreinnahmen vor allem Schulden abbauen. Das Gegenteil ist der Fall: die

Kämmereischulden wachsen im aktuellen Plan bis 2015 deutlich stärker, als noch im letzten Haushalt geplant und dies trotz Ihrer Steuererhöhungen und trotz Gewerbesteuerereinnahmen, die weit über den damaligen Planzahlen liegen. Wir müssen leider feststellen: Ziel verfehlt!

Wir haben es der guten Konjunktur und den leistungsfähigen Mannheimer Unternehmen zu verdanken, dass wir uns über Rekord-Steuerereinnahmen freuen können. Für die FDP-Fraktion ist eine perspektivische Absenkung des sehr hohen Mannheimer Gewerbesteuersatzes weiterhin erklärtes Ziel. Denn es ist besser, eine breite Basis an Gewerbesteuerzahlern zu haben, die nicht durch einen hohen Hebesatz ins Umland vertrieben werden, als von wenigen großen Steuerzahlern und deren Branchensituation abhängig zu sein.

### **Bundesgartenschau 2023**

Mit der knappen Mehrheit von rund 2000 Stimmen haben sich die Mannheimer für eine Bundesgartenschau 2023 ausgesprochen. Es ist der erste rechtsgültige Bürgerentscheid in unserer Stadtgeschichte. Zudem lag die Wahlbeteiligung von knapp 60 Prozent deutlich über dem Niveau sonstiger Kommunalwahlen.

Wir Liberale haben diesen Bürgerentscheid frühzeitig beantragt und werten es als Erfolg, dass sich so viele Mannheimerinnen und Mannheimer bei diesem wichtigen lokalen Thema Gehör verschafft haben. Die Mehrheit PRO BUGA ist äußerst knapp. Der Gemeinderatsbeschluss im Februar spiegelte mit seiner Dreiviertelmehrheit offenbar nicht die Meinung der Bevölkerung wider.

Die FDP-Fraktion hat als Konsequenz des Ergebnisses eine konstruktiv-kritische Begleitung der weiteren BUGA-Planungen angekündigt. Niemandem kann daran gelegen sein, die Bürgerschaft bei diesem zentralen Großprojekt zu spalten.

Wir werden darauf achten, dass die im Vorfeld des Bürgerentscheids von der Verwaltungsspitze gegebenen Garantien über die Kostenobergrenze von 105,5 Millionen Euro an Investitionen eingehalten werden. Der Kostenrahmen steht.

Jetzt heißt es Lösungen zu finden für die kritischen Fragen rund um die BUGA. Das dringlichste und größte Problem ist unserer Auffassung nach die Straße „Am Aubuckel“. Die erste Voruntersuchung hierzu lag der Verwaltung bereits im Juni 2013 vor – also rund drei Monate vor dem Bürgerentscheid!

Diese Voruntersuchung hätte zwingend bereits im Sommer in Gänze veröffentlicht und dem Gemeinderat zugänglich gemacht werden müssen. Eine Präsentation von 3 aus 28 Folien auf einer Bürgerversammlung am 25. Juni 2013 ist – nach unserem Demokratieverständnis – kein Ersatz für eine offizielle Information des Gemeinderats. Der Oberbürgermeister spricht von einer drohenden Spaltung der Bürgerschaft. Solches Vorgehen stärkt aber sicher nicht das Vertrauen in den fairen Umgang miteinander.

Hierzu zählt auch die Ehrlichkeit bei der Finanzplanung. In knapp zehn Jahren wollen wir die BUGA in Mannheim eröffnen. Bis zum Jahr 2023 müssen wir 72 Millionen Euro für die Investitionen und die Durchführung erwirtschaften. In jeder Diskussionsrunde zur BUGA wurde uns von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, oder von den politischen Befürwortern der BUGA erklärt, dass uns dieser Prozess „nur“ sieben Millionen Euro jährlich koste und diese Summe zurückgelegt oder angespart werde.

Bisher ist im Haushaltsplan, außer für einen Ideenwettbewerb und für die Eigenkapitalausstattung der städtischen BUGA GmbH, bis ins Jahr 2017 kein Geld eingestellt.

Maßnahmen im BUGA-Umfeld, wie z.B. die Verbesserungen der Infrastruktur im Sportpark Pfeifferswörth/Neckarplatt, wurden den Bürgern versprochen, um ihnen damit die BUGA „schmackhaft“ zu machen. Allerdings sind dies Maßnahmen, die die Verwaltung den betroffenen Vereinen und Bürgern bereits seit Jahren versprochen hat. Doch auch hierfür sind im aktuellen Haushaltsplan in den nächsten vier Jahren keine Gelder bereitgestellt.

Die BUGA ist keine Aufgabe, die wir aus der Portokasse bezahlen können. Andererseits bilden Sie aber auch keine Sonderrücklage für dieses Projekt. Die Restrücklage am Ende des aktuellen Planungszeitraums dient der Absicherung eines laufenden Gerichtsprozesses und reicht nicht mal aus, falls dieser Steuerstreit vollumfänglich verloren gehen sollte. Wir fordern Sie daher dazu auf, jährliche Teilbeträge dieser

gewaltigen Summe von 72 Millionen Euro in die mittelfristige Finanzplanung aufzunehmen.

### **Verschuldung der Stadt Mannheim und finanzielle Risiken**

Wir haben Rekord-Gewerbesteuereinnahmen zu verzeichnen. Die rot-rot-grüne Steuererhöhung wurde jedoch verfrühstückt und der Anstieg der Verschuldung geht dennoch weiter, obwohl die Einnahmen aus der Gewerbesteuer jedes Jahr neue Rekordwerte erreichen.

Die Medien haben den Ausführungen des Oberbürgermeisters zum Schuldenabbau tatsächlich geglaubt. Doch wir senken nur unsere Verpflichtungen aus den sogenannten „kreditähnlichen Rechtsgeschäften“. Und diese werden zu einem nicht unbeträchtlichen Teil von Dritten beglichen. Mit wirklichem Schuldenabbau hat dieser Vorgang wenig zu tun. Unsere echten Bankkredite – also die Schulden, die die Stadt selbst mit Zins und Tilgung zurückzahlen muss – steigen leider weiter an. Und die zahlreichen städtischen Bürgschaften – zum Beispiel für die Kredite bei allen Konversionsprojekten – sind im Haushalt erst gar nicht ersichtlich!

Die FDP will den Stopp und den Abbau der städtischen Verschuldung nicht nur, weil unsere Hauptsatzung die Nettoneuverschuldung verbietet, sondern weil wir es kommenden Generationen im wahrsten Sinne des Wortes „schuldig“ sind, dass wir keine völlig überschuldeten öffentlichen Haushalte hinterlassen.

Es war schließlich die ausufernde Verschuldung der öffentlichen Haushalte, die Europa in die Krise gestürzt hat. Wenn es uns nicht gelingt, in den Jahren mit Rekordeinnahmen unsere Verschuldung zurück zu führen oder Rücklagen aufzubauen, dann werden wir beim nächsten Konjunkturinbruch unsere Aufgaben nicht mehr bewältigen können.

Bereits zu den letzten Haushaltsberatungen hatte die FDP gefordert, dass man die Reduzierung der Schulden als strategisches Ziel für die Stadt formuliert – zusätzlich zu den bereits bestehenden sieben strategischen Zielen. Die übrigens in ihrem Wortlaut – ohne Beschlussfassung durch den Gemeinderat – verändert wurden. Auch bei diesen

Haushaltsberatungen werden wir wieder einen entsprechenden Antrag stellen, und hoffen, dass er dieses Mal eine Mehrheit findet.

Die von der Verwaltung bereits eingeplanten Erstattungen des Bundes für die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen betragen 2015 sieben Millionen, 2016 zehn Millionen und 2017 sogar 20 Millionen Euro. Diese einkalkulierten Millionensummen sind Hoffnungen und bis dato nichts weiter als Luftbuchungen. Eine gesetzliche Grundlage liegt bisher nicht vor.

Auch das angekündigte Haushaltsstrukturprogramm II ist bisher nicht viel mehr als eine Ankündigung. Die Verwaltung will hierzu erst im nächsten Jahr ein Konzept erarbeiten. Allerdings sind im Jahr 2017 bereits Einnahmeverbesserungen von 15 Millionen Euro einkalkuliert. Ohne konkrete Vorschläge, wie diese Summe erzielt werden soll, sehen wir dem Haushaltsstrukturprogramm II sehr skeptisch entgegen. Früher nannten wir diese Leerbuchungen „Globale Minderausgabe“ und keiner wusste, wie diese erbracht werden sollen. Das Kind hat nur einen neuen Namen bekommen, glaubwürdiger werden derartige Buchungen damit nicht!

Auch bei den sehr moderat angesetzten Tarifsteigerungen von nur 1,6 Prozent pro Jahr besteht das große Risiko, dass wir in den kommenden Jahren eine Mehrbelastung im städtischen Haushalt schultern müssen.

### **Nicht im Haushalt: Herschelbad, Multihalle, Collini-Center**

Weitere Großprojekte haben gar keinen Eingang in den aktuellen Haushaltsplan oder die mittelfristige Finanzplanung gefunden:

Das Herschelbad wartet seit Jahren auf ein Nutzungskonzept. Und es ist abzusehen, dass die baulichen Sanierungsmaßnahmen im Inneren des Gebäudes die Stadt vor erhebliche finanzielle Herausforderungen stellen wird.

Ebenfalls nicht im Haushaltsplan enthalten sind Finanzmittel für die Sanierung der Multihalle, die auf deutlich über fünf Millionen Euro geschätzt wird. Dabei hat der Gemeinderat erst 2012 ein Sanierungsgutachten für 500.000 Euro in Auftrag gegeben.

Der zuständige Dezernent hat uns die Maßnahme damals als „zwingend“ dargestellt und zugesichert, dass bis Ende dieses Jahres das Gutachten vorliegt. Jetzt ist noch nicht mal in der mittelfristigen Finanzplanung Geld im Haushaltsplan eingestellt. Wie „zwingend“ und vor allem dringend war die Maßnahme wirklich? Oder verzichten wir jetzt ehrlicherweise auf das Sanierungsprojekt?

Über das ungelöste Problem des Technischen Rathauses im Collini-Center möchte ich in an dieser Stelle lieber nicht sprechen, vielleicht nur so viel: In den letzten Haushaltsberatungen wurden von Ihnen dort noch Verkaufserlöse in Millionenhöhe eingeplant. Heute können wir froh sein, wenn wir uns von diesem Problemfall ohne Millionenkosten trennen können.

## **Kinder und Bildung**

### **Frühe Chancen ermöglichen**

Der frühe Kontakt mit einer Bildungseinrichtung wirkt sich positiv auf die Entwicklung der Kinder aus und ist ein zentraler Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit. Nur wenn individuelle Defizite früh erkannt und ausgeglichen werden, eröffnen wir unseren Kindern die Chance, in der Schule den Anschluss zu halten. Der Schlüssel ist hier unbestreitbar die Sprachkompetenz.

Wir sind daher froh über das Bundesprogramm „Offensive Frühe Chancen“, wo in 35 so genannten „Schwerpunkt-Kitas“ mit besonderem Sprachförderbedarf gezielt Fachpersonal eingestellt werden konnte. Die FDP-Fraktion fordert die Stadtverwaltung dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass die neue Bundesregierung dieses Programm auch über das Jahr 2014 hinaus fortführt.

### **Kinderbetreuung**

Die Kinderbetreuung ist und bleibt eine Herkulesaufgabe für die Kommunen. Wir begrüßen es daher ausdrücklich, dass die Verwaltung in den letzten Jahren alle Kräfte gebündelt und sich dieser Herausforderung gestellt hat. Die gesetzlich vorgeschriebene



35-Prozent-Quote haben wir quasi auf der Zielgeraden erreicht. Die Fachbereichsübergreifende „Task Force Kinderbetreuung“ hat sich hier als effektives Mittel zur Lösung der komplexen Problemstellung erwiesen und hat Vorbildcharakter für ähnliche Fragestellungen.

Neben den baulichen Voraussetzungen offenbarte sich vor allem der Mangel an qualifiziertem Fachpersonal als eines der größten Hindernisse. Hier haben wir in Mannheim beispielsweise mit der praxisintegrierten Erzieherausbildung (PIA) vielversprechende Programme auf den Weg gebracht. Doch nun stößt die Ausbildungsstätte selbst an räumliche Kapazitätsgrenzen. Wir fordern die Verwaltung daher auf, die Gespräche mit dem Fröbel-Seminar fortzusetzen und intensiv nach geeigneten Räumlichkeiten zu suchen, um eine Erweiterung der Ausbildungskapazitäten im kommenden Schuljahr zu sichern.

Die angepeilte 40-prozentige Betreuungsquote ist sicher eine vernünftige Zielvorgabe, ob man sich aber mit der Erreichung dieser Marke bis zum Jahr 2019 Zeit lassen sollte, ist dringend zu überdenken. Schon jetzt ist abzusehen, dass die Nachfrage nach Betreuungsangeboten nicht nachlassen wird. Wir wollen daher den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung für unter 3-jährige.

Gleichzeitig dürfen wir als Kommune bei den Kindergärten nicht nur den Betreuungsplatz in der Regelzeit im Blick haben, denn die Nachfrage nach Betreuungsangeboten mit verlängerten Öffnungszeiten bzw. Ganztagsplätzen steigt. Hier müssen wir den Mannheimer Eltern verstärkt attraktive Angebote unterbreiten. Die Betreuungssituation von Kindern wird immer mehr zum entscheidenden Standortfaktor in Konkurrenz mit umliegenden Städten und Gemeinden.

Aufgrund des Rechtsanspruches im Krippenbereich wurde die Schaffung von Betreuungskapazitäten für Schulkinder vernachlässigt. Mit fatalen Folgen für Eltern. Auch wenn die Kinder bislang in der Krippe und anschließend im Kindergarten betreut sind, müssen die Eltern mit Beginn der Grundschulzeit um einen Hortplatz bangen. Im schlimmsten Fall bedeutet die Einschulung des Kindes deutliche berufliche Einschnitte für ein Elternteil. Das darf sich Mannheim nicht leisten!

Die Betreuung von Grundschulkindern ist eine zentrale Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf vieler junger Familien in Mannheim und damit auch

ein zentraler Baustein der Verwaltung in Ihrem Bemühen, Fachkräfte für Mannheim zu gewinnen und zu halten.

Bei der Herkulesaufgabe Ausbau der Kinderbetreuung gilt unser Dank allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den freien Trägern, ohne deren Engagement diese Aufgabe nicht zu lösen ist. Die FDP Mannheim setzt sich in diesem Zusammenhang auch weiterhin für eine Trägervielfalt bei der Übernahme kommunaler Aufgaben gemäß dem Subsidiaritätsprinzip ein.

### **Kommunale Schullandschaft: von der Grundschule bis zum Abitur**

Um dieser wichtigen Herausforderung zu begegnen, fordern wir den verstärkten Ausbau von Ganztagschulen im Grundschulbereich. Wir begrüßen dabei ausdrücklich, dass die Verwaltung nun allen Varianten der Ganztagschule, auch der offenen Ganztagschule, positiv gegenübersteht. Wir legen großen Wert darauf, dass die Schulgemeinschaft die freie Wahl hat, welches Modell für Ihren Schulstandort am geeignetsten ist.

Aufgrund der weiterhin hohen Nachfrage nach Schulkindbetreuung und der unbefriedigenden Containerlösung beantragen wir erneut den Anbau an die Brüder-Grimm-Schule, wodurch zudem die barrierefreie Erschließung des alten Schulgebäudes ermöglicht wird. Wir appellieren bereits jetzt an die anderen Fraktionen, sich dem anzuschließen und dringend benötigte Schulsanierungen und Schulausbauten nicht mit der Einstellung von „Planungskosten“ als „Beruhigungsdrops für die Beteiligten vor Ort“ auf den Sankt Nimmerleinstag zu verschieben.

In der Finanzplanung der Verwaltung im Schulbereich sind in den nächsten Jahren keine neuen Generalsanierungen vorgesehen. Dabei wartet das Elisabeth-Gymnasium in der Innenstadt nun schon seit Jahren auf eine Grunderneuerung. Die Gebäudesubstanz wird von der Verwaltung bereits mit der Note „mangelhaft“ bewertet. Bisher wurden allerdings nur Notmaßnahmen oder die Sanierung von einigen wenigen Räumen bewilligt, obwohl die Stadt zur Sanierung von Schulen verpflichtet ist und das Land für die geplante Generalsanierung des Elisabeth-Gymnasiums bereits vor Jahren Zuschüsse zugesagt hat. Hier müssen wir uns mit der Maßnahme sputen, wenn wir die zugesagten Landesmittel nicht wieder verfallen lassen wollen.

Wir befürchten, dass die Geschwister-Scholl-Schulen auf der Vogelstang ein ähnliches Schicksal erfahren. Die „Gebäudesubstanz“ hat auch hier die Note „mangelhaft“ erhalten. Im letzten Haushaltsplan waren noch nicht mal Planungsmittel eingestellt. Jetzt wird im Jahr 2015 zumindest mit der Planung begonnen, doch in der mittelfristigen Finanzplanung sind nach wie vor keine Mittel für einen Neubau oder eine Generalsanierung eingeplant.

Der FDP-Fraktion drängt sich dabei der Verdacht auf, dass sich die Verwaltung bei der Entscheidung von Generalsanierungen vor allem ideologisch leiten lässt. Nur wenn das entsprechende pädagogische Konzept den Vorstellungen der Verwaltungsspitze entspricht, rückt die versprochene Generalsanierung in greifbare Nähe. Solches Vorgehen lehnen wir ab.

Die Sanierung von Schulgebäuden muss unabhängig von der Schulart und der jeweiligen pädagogischen Ausrichtung angegangen werden. Wenn „gute Schule“ wirklich von unten wachsen soll, wie es die Landesregierung ständig propagiert, dann darf die Verwaltung das Thema „Schulsanierung“ nicht für die Einführung von Gemeinschaftsschulen instrumentalisieren!

Ganz ähnlich verhält es sich bei der Feudenheimer Realschule. Die Realschule will geeigneten Schülern die Möglichkeit geben, nach einem Vorbereitungsjahr direkt an die Oberstufe des Feudenheim-Gymnasiums zu wechseln und so in insgesamt neun Schuljahren das Abitur zu erwerben. Dieses Modellprojekt wird von der gesamten Schulgemeinschaft gewünscht und würde die von Grün-Rot oft geforderte Durchlässigkeit im Bildungsbereich vor Ort sehr pragmatisch und zielorientiert verbessern. Aber das Kultusministerium erteilte den Kindern, Eltern und Lehrern eine Absage, weil der Schulversuch damit „im Widerspruch zum Schulgesetz sowie zu den aktuellen Entwicklungen der Gemeinschaftsschule“ stünde.

Sehr geehrte Damen und Herren, die FDP-Fraktion steht für eine vielfältige Bildungslandschaft in Mannheim. Die Gemeinschaftsschule als Prestigeprojekt der grün-roten Landesregierung kann hier als Ergänzung der bestehenden Bildungsinstitutionen eine Bereicherung darstellen. Auf gar keinen Fall darf es aber eine Bevorzugung der Gemeinschaftsschule gegenüber den etablierten Schulformen geben.

Aus diesem Grunde lehnt es die FDP-Fraktion ab, jährlich Finanzmittel für Baumaßnahmen an Gemeinschaftsschulen im Haushalt einzuplanen, obwohl sich bisher nur die Kerschensteiner Schule auf der Schönau für diese neue Schulform entschieden hat. Finanzmittel für Baumaßnahmen können wir nur einstellen, wenn konkrete Kostenberechnungen vorliegen – ansonsten fehlt uns im selben Jahr das Geld für andere dringend benötigte Sanierungen.

Die FDP-Fraktion fordert eine transparente Priorisierung aller anstehenden Sanierungsmaßnahmen im Schulbereich, um endlich den von der zuständigen Dezernentin kalkulierten Sanierungsstau von rund 300 Millionen Euro abzubauen.

Die Übertragung immer neuer Schulen an die BBS löst ja keinesfalls den Sanierungsstau auf. Wir bezahlen die BBS dafür, die übergebenen Schulen auf dem jetzigen Niveau zu halten. Das bedeutet nichts anderes, als dass der Mangel professionell verwaltet wird – keinesfalls wird damit der Sanierungsstau von 300 Millionen Euro abgebaut. Dafür müssen wir separate Mittel zur Verfügung stellen.

Bei der Betrachtung der Werkrealschullandschaft wird es in Zukunft sicher auch um die Frage von Standortschließungen gehen. Bei stetig sinkenden Schülerzahlen können wir keiner Schule eine Standortgarantie geben. Allerdings wird diese Diskussion gerade in der eigens dafür einberufenen Schulentwicklungskommission geführt.

Mit der frühen Festlegung des Oberbürgermeisters auf die reduzierten sechs Werkrealschulstandorte wird der Schulentwicklungskommission vorweggegriffen. Die FDP-Fraktion hätte sich hier ein umsichtigeres Vorgehen gewünscht, denn die Schulen sind nicht nur Bildungsorte, sondern haben auch eine wichtige soziale Integrationsfunktion für ihren Stadtteil. Die Entscheidung, ob ein Standort aufgegeben werden soll, kann deshalb nicht nur davon abhängig gemacht werden, wie hoch der finanzielle Aufwand für eine Sanierung wäre.

Nicht zu vergessen im Schulbereich sind unsere maroden Berufsschulen und das Thema Inklusion. Wenn wir wirklich die Bildungschancen junger Menschen verbessern wollen, dann dürfen unsere Bemühungen nicht nur auf den Beginn der Bildungskette konzentriert sein. Gerade vor dem Hintergrund des drohenden Fachkräftemangels sind unsere Berufsschulen ein wichtiger Standortfaktor für die Unternehmen der Region – doch gerade viele dieser Berufsschulen sind in einem erschreckend schlechten Zustand.

Es kann und darf nicht passieren, dass sich erst Eltern, Lehrer, Schüler und die Ausbildungsbetriebe gemeinsam über unhaltbare Zustände vor Ort beschweren müssen, bis die Verwaltung wenigstens die aller dringendsten Sanierungen veranlasst.

### **Leistungsfähige Infrastruktur – eine Investition in die Zukunft**

Neben den 300 Millionen Euro aufgelaufenen Sanierungsrückständen im Schulbereich kommen weitere geschätzte 450 Millionen Euro Sanierungsstau bei unseren städtischen Straßen und Brücken hinzu. Weiterer Mangel herrscht auch beim Unterhalt der öffentlichen Grünflächen und Parks im ganzen Stadtgebiet.

Angesichts zahlreicher Buckelpisten im Stadtgebiet drängt sich hier der „Fokus auf den Mangel“ leider schon wieder auf. Analog zum Schulbereich gibt es im Straßenbereich ebenfalls eine Notenskala von 1 bis 6. Zahlreiche Straßenzüge in Mannheim sind im Bereich der schlechtesten Zustandsklassen von 4 bis 6. Die von der Verwaltung hierfür vorgesehen rund zwei Millionen Euro Sanierungsmittel pro Jahr bis 2017 werden kaum ausreichend sein, damit die Bürgerinnen und Bürger deutliche Verbesserungen der Situation verspüren können.

Wir fordern eine konsequente Abarbeitung der dringlichsten Sanierungsrückstände im Straßenbereich. Die angekündigte Prioritätenliste hätte schon längst vorliegen müssen. Dann wäre auch Allen ersichtlich, dass der Umbau der Bismarckstraße, die teilweise die Zustandsklasse 1 hat, nicht von Priorität ist.

### **Förderung des Radverkehrs: eine notwendige und sinnvolle Maßnahme**

Es gibt beispielsweise in unmittelbarer Nachbarschaft zur Bismarckstraße untragbare Straßenzustände in den Quadraten. Diese Buckelpisten befördern ein negatives Stadtbild in der City und sind ein Sicherheitsrisiko für alle Verkehrsteilnehmer – besonders aber für Radfahrer.

Statt für den Umbau der Bismarckstraße rund fünf Millionen Euro auszugeben, sollte lieber die Verkehrssicherheit bei den vielen Straßen, die in schlechterem Zustand sind, hergestellt werden.

Beispielsweise könnte man von einem Teil der Gesamtkosten für die Bismarckstraße die komplette Marktstraße sanieren, die einer der wichtigsten Verbindungen für den Radverkehr vom Norden aus durch die Innenstadt ist. Zwar wird im Bereich der H-Quadrate die Marktstraße demnächst erneuert. Aber schon für den zweiten Bauabschnitt im Bereich der G-Quadrate ist im aktuellen Haushaltsplan kein Geld eingestellt, obwohl selbst die eigenen Fachplaner den „verkehrstechnisch unzumutbaren Zustand“ kritisieren.

Ähnlich verhält es sich bei zahlreichen anderen Straßen in unserer Stadt. Auch wenn wir das Großprojekt Bundesgartenschau bis zum Jahr 2023 stemmen wollen, dürfen andere zentrale Bereiche, wie die Sanierung unserer Straßen und Brücken, nicht zurückgestellt werden.

Für die FDP-Fraktion gehört der konsequente Ausbau des Radwegenetzes und die Beseitigung von Unfallschwerpunkten zum Kern einer modernen städtischen Infrastruktur, wobei die Priorität auf den bereits jetzt schon stark geschädigten und gleichzeitig viel befahrenen Routen liegen muss. Verbesserungen im Radverkehr sind auf der Bismarckstraße wünschenswert – doch bei einem „normalen“ Budget für die Verbesserung des Radverkehrs von 450.000 Euro in 2014 bzw. 550.000 Euro in den Folgejahren, sind die rund fünf Millionen Euro für dieses eine Projekt nur schwer vermittelbar.

### **City-Airport: Linienflug nach Berlin von entscheidender Bedeutung**

Seit im Dezember 2011 die letzte Linienflugverbindung vom City-Airport Mannheim nach Berlin eingestellt wurde, entstand der Stadt nicht nur ein erhebliches Defizit aufgrund der ausbleibenden Start- und Landegebühren, sondern auch ein beachtlicher Standortnachteil. Denn die direkte Flugverbindung nach Berlin ist eine wichtige Voraussetzung, um die Attraktivität der Metropolregion Rhein-Neckar als Wirtschaftsstandort zu sichern.

Die FDP begrüßt ausdrücklich das finanzielle Engagement der zehn regionalen Unternehmen an der neuen air metropol GmbH, welche schon bald eine reguläre Linienflugverbindung nach Berlin auf eigenes wirtschaftliches Risiko aufnehmen wird. Neben den Straßen und Brücken ist für die FDP vor allem die Wiederaufnahme des Flugverkehrs von entscheidender Bedeutung, um die Unternehmen weiterhin hier in der Region zu halten.

Das klare Bekenntnis der regionalen Wirtschaft zum City-Airport Mannheim erhöht ganz wesentlich die Chance, diese wichtige Infrastruktur auch in Zukunft zu erhalten und das städtische Defizit beim Flugplatz stark zu reduzieren.

### **Retter in der Not: Feuerwehren in Mannheim**

Die Bediensteten der Mannheimer Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr setzen sich unter Einsatz ihrer Gesundheit, ihres Lebens für unser aller Sicherheit ein. Das verdient allergrößte Wertschätzung.

Es ist unsere Verantwortung als Arbeitgeber, größtmögliche Vorsorge für die Menschen im Dienst der Feuerwehr zu treffen. Unsere Priorität beim Thema Sicherheitspolitik in der Stadt liegt eindeutig bei der Feuerwehr – nicht beim Kommunalen Ordnungsdienst!

Was lange währt, wird endlich gut: es freut uns sehr, dass der Brandschutzbedarfsplan nun vorliegt. Auf Drängen der FDP im Gemeinderat wird auch bereits mit diesem Haushalt damit begonnen, die konkreten Handlungsempfehlungen umzusetzen. Die Personalaufstockung, eine höhere Ausbildungskapazität und die Sirenenanlage sind eingestellt. Wenn wir die höheren Standards einhalten wollen, führt kein Weg daran vorbei: die Berufsfeuerwehr muss besser ausgestattet werden. Mit deutlich mehr Personal, mit Fahrzeugen, mit Material.

Die FDP wundert sich jedoch, dass bei der Berufsfeuerwehr die Ist-Sachkosten 2012 bereits höher sind als die veranschlagten Soll-Sachkosten 2014. Würde die Verwaltung von der Kostenkalkulation vom Jahr 2012 ausgehen – was realistisch und fair wäre – und nicht von 2011, müssten zusätzlich 200.000 Euro jährlich für Unterhalt und Wartung

bereitgestellt werden. Hinzukommen weitere, bisher nicht im Haushaltsplan berücksichtigte Kosten, wie Schulungskosten, Risiken aus den neuen Regelungen zur Abrechnung der Ölsperbeseitigung oder die Finanzierung der Heilkuren für die Mitarbeiter.

Ebenso verwundert es uns, dass bisher bei den Zielen des Haushaltsplans keine Aufstockung der Freiwilligen Feuerwehr vorgesehen ist.

## **Stadtentwicklung für Mannheim**

### **Konversion – eine Jahrhundertherausforderung**

Die Konversion ehemals militärisch genutzter Flächen in Mannheim hat in den letzten Jahren deutliche Fortschritte gemacht. Das Turley-Areal wird bereits im nächsten Jahr mit Leben gefüllt. Für die Taylor- und die Hammonds-Barracks gibt es konkrete Planungen.

Für die FDP-Fraktion gibt es dabei seit Beginn der Konversion drei Schwerpunkte für die Stadtentwicklung:

1. mehr Raum für hochwertigen Wohnungsbau für Fach- und Führungskräfte und eine deutliche Ausweitung von bezahlbaren Bauflächen in attraktiven und urbanen Lagen für junge Familien;
2. eine konsequente und am Bedarf ausgerichtete Förderung von Gewerbe und Industrie, um Arbeitsplätze nach Mannheim zu holen und langfristig anzusiedeln;
3. eine deutliche Ausweitung von Grünflächen, um zum einen die Frischluftzufuhr zu verbessern und zum anderen den Freizeitwert und die Lebensqualität zu erhöhen.

Nach drei Jahren Konversionsprozess kann man ein erstes Zwischenfazit ziehen:

Bei weitem nicht alles, was im Rahmen eines bürgerschaftlichen Beteiligungsprozesses an Ideen und Vorstellungen angedacht wird, ist auch finanzierbar. Hier muss die Verwaltung offener kommunizieren was finanziell darstellbar ist, so dass keine unerfüllbaren Erwartungen und Hoffnungen bei bürgerschaftlichen Gruppen und Initiativen geweckt werden.



Des Weiteren wird der Ankauf aller Konversionsflächen durch die Stadt bzw. von städtischen Töchtern von der FDP weiterhin kritisch bewertet. Gut, dass bei den Hammonds-Barracks die Verwaltung selbst zu der Einsicht gekommen ist, dass ein Ankauf durch die Stadt nicht notwendig ist.

Ähnlich sehen wir dies bei der Offizierssiedlung am Rande des Benjamin-Franklin-Villages. Hierbei handelt es sich mit der parkartigen Umgebung und dem gewachsenen Baumbestand um eine Besonderheit unter den Konversionsgeländen. Die Stadt muss dieses Gelände weder kaufen, noch die bestehenden Immobilien zurückbauen. Die zukünftigen Hausbesitzer können sehr gut selbst entscheiden, was, wie und wann umgebaut werden soll. Nachdem wir die planrechtlichen Voraussetzungen geschaffen haben, könnte die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) direkt mit der Vermarktung der Grundstücke beginnen.

Das Risiko eines Komplettankaufs aller Konversionsflächen ist für die Stadt zu groß. Alleine die Grunderwerbsteuer, die bei der späteren Verwertung der Grundstücke ein zweites Mal anfällt, verteuert den Konversionsprozess unnötig. Zinsen für die Zwischenfinanzierung über viele Jahre belasten zudem die Haushalte bzw. die Etats der städtischen Betriebe unnötig.

Gegen die Stimmen der FDP-Fraktion hat der Gemeinderat zudem mit der Einrichtung der Projektentwicklungsgesellschaft „MWSP“ alle zentralen Entscheidungen über den Ankauf von Konversionsflächen ausgelagert. Der Gemeinderat bekommt keinen einzigen Kaufvertrag vorgelegt. Die Verschuldung für den Ankauf der Flächen erscheint deswegen auch nicht im städtischen Haushaltsplan, sondern wird in einer Art „Schattenhaushalt“ in die MWSP ausgelagert. Das einzige was dem Gemeinderat in diesem Prozess bleibt, ist die Übernahme von Ausfallbürgschaften. Der Gemeinderat hat sich damit quasi selbst entmachtet.

Als Vertreter der Bürgerschaft stehen wir bei den Mannheimerinnen und Mannheimern in der Verantwortung, dass uns diese gewaltige Herausforderung für die Stadtentwicklung gelingt. Genauso stehen wir in der Pflicht, dass sich die aufgetürmten Schuldenberge aus dem Ankauf und der Entwicklung der Flächen, am Ende des Konversionsprozesses mit den Verkaufserlösen auch tatsächlich decken lassen. Wir fordern mehr Transparenz über die eingegangenen Bürgschaften und Gewährleistungen ein.

## **Glückstein-Quartier**

Anders als die Entwicklung der Militärflächen ist das Glückstein-Quartier voll im Haushaltsplan dargestellt. In den letzten Jahren wurden hier gewaltige Summen investiert. Viele weitere Millionen folgen in den kommenden Jahren. Trotz aller Bemühungen und ungeachtet der guten Citylage läuft die Vermarktung der Grundstücke schleppend. Die Verkaufserlöse werden nie die Kosten für das Projekt einspielen. Die Erfahrung beim Glückstein-Quartier sollte uns im Hinblick auf die Militärflächen ein mahnendes Beispiel sein, „Konversion“ ist nicht zum Nulltarif zu haben.

## **Luisen- und Herzogenriedpark mit Sanierungsstau**

Unabhängig vom Schicksal der Multihalle darf man den Sanierungsrückstand in unseren Stadtparks nicht vernachlässigen. Der Fokus auf den Mangel zwingt sich bei jedem Besuch von alleine auf. Ein Blick auf die Seebühne oder in das Pflanzenschauhaus genügt, um festzustellen, dass wir mit den zusätzlich eingestellten 500.000 Euro nicht weit kommen werden.

Wegen des Großprojekts Bundesgartenschau darf der von allen Mannheimerinnen und Mannheimern sehr geschätzte Luisen- bzw. Herzogenriedpark nicht vernachlässigt werden. Die vielen kleinen Grünflächen und städtischen Parks sind teilweise in einem bemitleidenswerten Zustand. Jeder von Ihnen wird hier Beispiele aus seinem Wohnumfeld benennen können.

## **Raum zum Spielen – Raum zum Entdecken**

Im Vorfeld des Bürgerentscheids wurde in diesem Sommer nicht nur der Sanierungsstau an öffentlichen Schulen, bei Straßen und Brücken thematisiert, sondern auch der teilweise desolate Zustand von Spielplätzen in unseren Bezirken und Stadtteilen von besorgten Eltern angesprochen.

Defektes Spielgerät wird meist demontiert und abgebaut, statt es durch ein neues Spielgerät zu ersetzen. Die eigene Zielvorgabe des zuständigen Fachbereichs ist hier sehr aufschlussreich: mickrige 3,7 Prozent aller öffentlichen Kinderspielplätze sollen pro Jahr in einem sanierten Zustand überführt werden.

Diese Zielvorgabe reicht der FDP-Fraktion definitiv nicht. Wir fordern mehr Geld für die Sanierung und den Unterhalt für Mannheimer Spielplätze. Um diese Maßnahme strategisch anzugehen, brauchen wir – analog zur Prioritätenliste bei den Schulen und Straßen – eine Übersicht, wo die Situation am dringlichsten ist. Was Mannheim braucht, ist eine „Spielplatz-Offensive“ – ein deutliches Signal auch an die Stadtteile, dass trotz BUGA Spielplätze und die dazugehörigen Grünanlagen in den Vororten nicht vergessen und weiter instandgehalten werden.

Außerdem muss die Verwaltung das vorhandene bürgerschaftliche Engagement vor Ort besser nutzen. Alleine in unseren Gesprächen mit betroffenen Eltern haben sich viele bereit erklärt, Patenschaften für den Spielplatz in ihrem Stadtteil zu übernehmen. Diese Bereitschaft sollte die Verwaltung unterstützen und mit einem speziellen „bürgerschaftlichen Patenschaftsprogramm für Spielplätze“ weiter fördern.

## **Sport**

Wir begrüßen, dass die Mittel für den Sportstättenbau und die Sportförderung auf gleichem – wenn auch relativ niedrigem – Niveau weiterhin in den Haushaltsplan eingestellt werden. Dennoch stehen auch in diesem Bereich dringende Sanierungen an. So wird z.B. seit Jahren von der FDP-Fraktion ein Konzept für den Sportpark Pfeifferswörth / Neckarplatt gefordert. Die Infrastruktur ist in einem desolaten Zustand. Bei jeder größeren Sportveranstaltung führt die An- und Abfahrt der zahlreichen Vereinsmitglieder und Gäste zu einem Verkehrschaos. Hochkarätige Vereine sind ein Aushängeschild für unsere Stadt – und verursachen zum Glück eine höhere Besucherfrequenz.

Im Rahmen der BUGA wurde von Seiten der Verwaltung offensichtlich zugesagt, dass der Sportpark Pfeifferswörth / Neckarplatt mit in die Konzeption aufgenommen und zu einem „modernen Sportpark“ entwickelt wird. Bessere Verkehrsführung, Parkraumgestaltung, Straßensanierung, fehlende Beleuchtung haben jedoch keine zehn weitere Jahre Zeit. Hier sehen wir eine gute Chance, BUGA-Mittel bereits für erste Maßnahmen in diesem Haushalt bereitzustellen. Eine ältere Konzeption für den Sportpark liegt vor, eine aktuelle ist für Frühjahr 2014 zugesagt.

Auch die Sanierung der Leichtathletikhalle im MTG-Stadion im Pfeifferswörth wurde bereits im letzten Haushalt beantragt und wieder verschoben. Im Sportausschuss heben bei diesem Tagesordnungspunkt immer alle Mitglieder fleißig die Hand – doch wenn es um die Einstellung eines konkreten Budgets geht, sieht die Mehrheit dann „plötzlich“ ganz anders aus.

Ohne der Erarbeitung des Bäderkonzeptes vorgreifen zu wollen, bekennt sich die FDP-Fraktion klar zum Carl-Benz-Bad auf dem Waldhof. Besonders dieses Bad erfüllt in den warmen Sommermonaten eine wichtige soziale Integrationsfunktion für den gesamten Stadtteil. Auch hier gilt: bei allen Chancen für neue Anlagen im Rahmen der Konversion, dulden wir nicht, dass deshalb dringende Sanierungen des Bestands nicht mehr vorgenommen werden.

Die Wertschätzung für das Ehrenamt für Spitzen- und Breitensport muss mehr sein, als schöne Sonntagsreden.

### **Kultur als Standortfaktor – was können und wollen wir uns leisten?**

Kultur ist ein wichtiger Standortfaktor. Wenn wir als Stadt in Zukunft attraktiv bleiben wollen, dann kommen wir ohne ein klares Bekenntnis zum Kulturstandort Mannheim nicht aus. Dabei wollen wir die Förderung in der Spitze, ebenso wie in der Breite.

Aber dies ist kein Blanko-Scheck für die kulturellen Einrichtungen in unserer Stadt. Angesichts sehr knapp bemessener finanzieller Mittel und der bereits jetzt schon sehr hohen Kulturausgaben pro Einwohner in Mannheim, müssen wir eine offene Debatte darüber führen, was wir uns im Kulturbereich noch leisten wollen und ob ein „Mehr“ an finanziellen Mitteln auch „mehr“ erreicht.

### **Europäische Kulturhauptstadt**

Im Jahr 2023 werden wir eine Bundesgartenschau durchführen. Wollen wir die Bewerbung zur Kulturhauptstadt im Jahre 2025 dennoch weiter verfolgen und mit deutlich über einer halben Millionen Euro pro Jahr finanzieren?

Oder ist eher der Weg das Ziel? Wenn ja, dann sollten wir dies auch so formulieren, damit nicht Erwartungen geweckt werden, die unrealistisch sind und viel zusätzliches Geld kosten. Die FDP-Fraktion fordert für die kommenden beiden Jahre einen breiten öffentlichen Meinungs austausch darüber, ob wir mit der Bewerbung weiter voranschreiten oder uns auf unsere kulturellen Kernaufgaben konzentrieren wollen.

### **Unesco-City of Music**

Sofern die Bewerbung zur „Unesco-City of Music“ weitestgehend haushaltsneutral gestaltet werden kann, unterstützen wir die Verwaltung gerne. Wir geben aber zu bedenken, dass Mannheim schon zahlreiche Titel und Auszeichnungen erhalten hat, die kaum im Gedächtnis der Bürgerschaft präsent sind: Fairtrade-Town, Respekt-Stadt, Green City Mannheim, Hauptstadt der deutschen Sprache. Es gilt am Ende, diese Titel auch mit Leben zu füllen und den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt zu vermitteln.

### **Zentrum für darstellende Künste**

Der Oberbürgermeister hat angemahnt, dass wir kritischer umgehen müssen mit der bequemen Aussage, „ein Projekt sei sinnvoll und gewünscht, nur aktuell noch nicht finanzierbar“. In der Tat schaffen derartige Aussagen auf Dauer politische Fakten.

Das Zentrum für darstellende Künste ist so ein Projekt. In diversen Workshops wurde von der Fachverwaltung dargestellt, wie wichtig so eine Institution für die Kulturlandschaft in Mannheim ist. Am Ende kam man dann zu dem Ergebnis, dass das Vorhaben leider nicht finanzierbar ist. Für die FDP-Fraktion ist diese Investition, inklusive der dann folgenden nicht unerheblichen Betriebskosten, auf Dauer nicht finanzierbar. Hier hätten wir uns von der Verwaltungsspitze gleich zu Beginn eine klare Positionierung gewünscht.

### **Kommunale Museen**

Die Reiss-Engelhorn-Museen haben sich in den letzten Jahren zu überregionalen Leuchttürmen in der kommunalen Museumslandschaft entwickelt. Internationale Museumskooperationen mit Wien oder Florenz und populäre Sonderausstellungen,

beispielsweise zu den Wittelsbachern und Staufern sind ein großer Gewinn für Mannheim.

Zudem leisten die REM auch im Hinblick auf die Museumspädagogik einen wichtigen Beitrag zur Mannheimer Kultur- und Bildungslandschaft. Dass Museen auch Bildungsstätten sind, wird bei den REM aber auch beim Technoseum besonders erfolgreich umgesetzt.

Bei der Kunsthalle begrüßen wir die erfreulichen Ansätze beim Aufbau einer Stiftung, die zukünftig ähnliche Sonderausstellungen finanzieren soll, wie es die Curt-Engelhorn-Stiftung bei den REM seit Jahren erfolgreich macht.

### **Stuttgart ist in der Pflicht: Nationaltheater Mannheim**

Die neue Leitungsstruktur beim Nationaltheater Mannheim, mit gleichberechtigten Spartenintendanten, wurde sehr kritisch diskutiert und mit knapper Mehrheit im Gemeinderat umgesetzt. Spätestens Anfang 2016 muss dieses Führungsmodell evaluiert und gegebenenfalls angepasst werden. Wir alle wollen, dass dieses große Haus für Mannheim und die Region auf hohem Niveau gehalten wird.

Die dringend benötigten baulichen Verbesserungen müssen wir in den nächsten Jahren angehen. Die aktuell eingestellten Investitionszuschüsse für werterhöhende Baumaßnahmen von jährlich 950.000 Euro werden uns nicht weit bringen.

Daneben belasten uns aber vor allem die jährlichen Zuschüsse in Höhe von 35,3 bzw. 34,3 Millionen für das Nationaltheater. Seit Jahren fordern wir eine stärkere Beteiligung des Landes und eine Gleichstellung mit den Staatstheatern in Stuttgart und Karlsruhe. Selbst der direkte Draht in die Landesregierung, den hier im Gemeinderat einige Kollegen innehaben, hat bisher zu keiner zufriedenstellenden Lösung geführt. Die grün-rote Landesregierung muss ihrem Versprechen aus dem Koalitionsvertrag endlich Taten folgen lassen und das Nationaltheater stärker bezuschussen.

## **Wirtschaft**

### **„Made in Mannheim“**

Unsere ausgezeichneten und über die Grenzen Mannheims hinaus bekannten wissenschaftlichen Institutionen, zusammen mit international erfolgreichen Großunternehmen und einem soliden und prosperierenden handwerklichen und industriellen Mittelstand machen das Besondere des Wirtschaftsstandorts Mannheim aus.

Erfindergeist und unternehmerisches Geschick hatten dabei schon immer eine gute Heimat in unserer Stadt. Keine andere Stadt in Baden-Württemberg hat so viele Neugründungen zu verzeichnen wie Mannheim. Diesen Spitzenplatz verteidigen wir nun schon seit einigen Jahren.

Unsere vielfältigen städtischen Existenzgründerzentren fördern diese Entwicklung. Der Zuschussbedarf ist erheblich und letztendlich müssen wir alle Instrumente der Wirtschaftsförderung einer kritischen Evaluation unterziehen. Ziel muss es sein, in Mannheim langfristig gesicherte Arbeitsplätze in den Zukunftsbranchen zu schaffen. Hierbei werden wir die Verwaltung unterstützen.

Der Weg der Clusterbildung in Mannheim ist erfolgreich: Wir unterstützen hierbei die Verwaltung in ihren Bestrebungen die Medizintechnik intensiv zu fördern, u.a. mit Projekten wie dem Pilot-Inkubator und dem „Mannheim Medical Technology Campus (MMTCampus)“. Die in unserem Managementzielsystem hinterlegten, wenig ehrgeizigen, Vorgaben zur Ansiedlung und Betreuung neuer Unternehmen stimmen uns jedoch nachdenklich. Eine genauere Betrachtung des Nutzens unseres großzügigen Engagements in diesem Bereich wird der Gemeinderat in Zukunft leisten müssen.

### **Kreativwirtschaftszentrum: von 10,9 Millionen auf 15,3 Millionen Euro**

Mit dem Kreativwirtschaftszentrum im Jungbusch bauen wir derzeit ein weiteres Existenzgründerzentrum, ohne dass dem Gemeinderat für dieses Objekt eine belastbare Wirtschaftlichkeitsberechnung vorgelegt wurde. Es ist absehbar, dass auch diese Einrichtung langfristig bezuschusst werden muss.

Laut der ersten groben Planung wurden für das Kreativwirtschaftszentrum mit Baukosten von 10,9 Millionen Euro gerechnet. Danach stiegen diese, bevor man überhaupt den ersten Spatenstich unternommen hat, von 12,64 Millionen Euro auf aktuell 14,94 Millionen Euro. Mit dem vorliegenden Haushaltplan hat der Oberbürgermeister aber bereits weitere 360.000 Euro für den Ausbau der geplanten Kommunalen Galerie angekündigt. Damit liegen wir bereits bei 15,3 Millionen Euro an öffentlichen Mitteln – und der Rohbau des Gebäudes ist noch nicht mal im Ansatz errichtet.

Wir sind davon ausgegangen, dass für die damals erhöhten knapp 15 Millionen Euro Baukosten der Innenausbau bereits mit eingerechnet ist.

Für das Kreativwirtschaftszentrum muss der vereinbarte Kostenrahmen gelten. Zusätzliche Luxusausbauten können nicht finanziert werden. Wir sind ja schon froh, wenn nicht kurz nach Eröffnung erhebliche Baumängel – wie beim Musikpark – auftreten und eine umfassende Generalsanierung nötig ist.

### **Kongress- und Messestadt Mannheim**

Wir erfreuen uns einer steigenden Anzahl an Übernachtungen und Tagestouristen. Das „Welcome Center“ am Hauptbahnhof hat hierbei eine wichtige Funktion, um Besuchern der Stadt einen ersten Überblick zu verschaffen. Auch wenn uns die klassische „Touristeninformation“ als geläufige und bekannte Bezeichnung besser gefallen hätte, so kritisieren wir doch die eher touristenfeindlichen Öffnungszeiten. Auch der Medizinkongress dauert bis zum Wochenende an und gerade sonntags zieht es viele Touristen in die Stadt. Ein „Welcome Center“, welches am Wochenende nur sehr eingeschränkt geöffnet ist, passt nicht ins Bild.

Ebenso irritiert sind wir über die Entwicklungen der mannheim:congress GmbH (m:con). Die Risiken beim Ausbau waren uns damals schon bewusst und wir haben von Anfang an darauf hingewiesen. Leider ist es am Ende dann doch noch wesentlich teurer für die Stadtkasse geworden als anfangs befürchtet. Vielleicht hätte der Gemeinderat schon viel früher seinen Fokus auf diesen Mangel richten sollen? Es ist jedoch erfreulich, dass die neue Geschäftsleitung in der Lage ist, die Ansprüche an die Zuverlässigkeit der selbstgesteckten Planzahlen auch endlich zu erreichen. Die FDP erwartet, dass mit der erneuten Zuschusserhöhung das Thema „Finanzierung der Erweiterung“ endlich



ausgestanden ist und sich das Team im „Rosengarten“ darauf konzentrieren kann, noch mehr Kongress- und Tagungsteilnehmer nach Mannheim zu holen. Diese Besucher geben viel Geld in Mannheim aus, welches über Umwege auch zur Finanzierung des städtischen Budgets beiträgt.

## **Schlussbemerkungen**

Unsere Redezeit reicht nicht aus, um über viele weitere wichtige kommunalpolitische Themen zu sprechen. Doch geht es hier und heute um die wesentlichen Ausgaben und Einnahmen der Stadt Mannheim, ebenso wie um die Risiken, die nicht in diesem Haushaltsplan eingepreist sind.

Und es geht um Luftbuchungen in erheblichem Ausmaß. Für die bereits eingeplanten Erstattungen des Bundes für die Eingliederungshilfe fehlt bisher jegliche gesetzliche Grundlage und auch für das angekündigte Haushaltsstrukturprogramm II gibt es keine konkreten Vorschläge seitens der Verwaltung.

Hinzukommt ein schöngefärbter Schuldenabbau. Denn nur mithilfe der Reduzierung der kreditähnlichen Rechtsgeschäfte können wir das Nettoneuverschuldungsverbot einhalten. Teilweise werden diese Rechtsgeschäfte jedoch von Dritten bedient, ohne dass die Stadt einen Cent zahlt.

Die Bundesgartenschau 2023 wird die Stadt mindestens 72 Millionen Euro kosten. In der vorliegenden Finanzplanung bis 2017 sind aber keine Finanzmittel für dieses Großprojekt eingestellt. Lediglich die Eigenkapitalausstattung der GmbH und ein Ideenwettbewerb soll finanziert werden.

Wir befürchten, dass ab 2017 alle anderen Investitionen in dieser Stadt zurückgestellt werden müssen, um die BUGA überhaupt finanzieren zu können. Der Sanierungsstau bei unseren Schulen, Straßen und Brücken ist aber so gewaltig, dass wir diesen trotz BUGA abbauen müssen.

Die FDP-Fraktion will deswegen die Generalsanierung des Elisabeth-Gymnasiums angehen, ebenso wie den Anbau an die Brüder-Grimm-Schule.

Wir wollen bei der Straßensanierung vor allem die dringlichsten Maßnahmen umsetzen, damit unsere Straßen – gerade auch hier im Innenstadtbereich – endlich nicht mehr aussehen wie Flickenteppiche.

Die FDP will ein deutliches Signal in die Stadtteile senden, dass trotz BUGA die Stadt die Spielplätze und die dazugehörigen Grünanlagen in den Vororten nicht vergisst und weiter instand hält.

Des Weiteren soll endlich der Sportpark Pfeifferswörth entwickelt und die Infrastruktur deutlich aufgewertet werden. Diese Investitionen kommen letztendlich ohnehin der BUGA zugute und sollten zeitnah angegangen werden.

Für alle diese Maßnahmen wird die FDP-Fraktion entsprechende Anträge einreichen, ebenso wie Kürzungsanträge in zahlreichen anderen Bereichen. Das Signal dieser Haushaltsberatungen an die Bürgerschaft Mannheims muss sein, dass die Bundesgartenschau 2023 frühzeitig in der Finanzplanung berücksichtigt wird und dass trotz der BUGA andere zentrale Investitionen in unsere Infrastruktur nicht zurückgestellt werden.

Abschließend möchte ich Ihnen, Herr Manhart, und Ihrem ganzen Team einen herzlichen Dank für Ihre Mühen aussprechen.

## Stichwortverzeichnis

Arbeitsplätze 15, 22  
Bäderkonzept 19  
BBS 11  
Benjamin-Franklin-Village 16  
Berufsfeuerwehr 14  
Berufsschule 11  
Beteiligungsprozess 15  
Bildungsgerechtigkeit 7  
Bismarckstraße 12, 13  
Brandschutzbedarfsplan 14  
Brüder-Grimm-Schule 9, 25  
Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) 16  
Bundesgartenschau (BUGA) 2, 3, 4, 13, 17, 18, 20, 24, 25  
Bürgschaften 5, 16  
Carl-Benz-Bad 19  
City-Airport 13, 14  
Collini-Center 6, 7  
Ehrenamt 19  
Elisabeth-Gymnasium 9, 25  
Existenzgründerzentren 22  
Fairtrade-Town 20  
Feudenheimer Realschule 10  
Freiwillige Feuerwehr 14, 15  
Frischlufzufuhr 15  
Fröbel-Seminar 8  
Ganztagsschule 9  
Gemeinschaftsschule 10, 11  
Geschwister-Scholl-Schulen 10  
Gewerbsteuer 2, 3, 5  
Glückstein-Quartier 17  
Green City Mannheim 20  
Grunderwerbsteuer 16  
Hammonds 15, 16  
Hauptstadt der deutschen Sprache 20  
Haushaltsstrukturprogramm 6, 24  
Herschelbad 6  
Hortplatz 8  
Industrie 15, 22  
Infrastruktur 4, 12, 13, 14, 18, 25  
Inklusion 11  
Innenstadt 9, 13, 25  
Karlsruhe 21  
Kerschensteiner Schule 11  
Kinderbetreuung 7, 8, 9  
Kommunale Galerie 23  
Konversion 2, 5, 15, 16, 17, 19  
Kreativwirtschaftszentrum 22, 23  
Kulturhauptstadt 19, 20  
Kunsthalle 21  
Landesregierung 10, 21  
Leichtathletikhalle im MTG-Stadion 19  
Luisen- und Herzogenriedpark 17  
Mannheim Medical Technology Campus (MMTCampus) 22  
mannheim:congress GmbH (m:con) 23

Medizintechnik 22  
Metropolregion Rhein-Neckar 13  
Mittelstand 22  
Multihalle 6, 17  
Musikpark 23  
MWSP 16  
Nationaltheater 21  
Nettoneuverschuldung 5, 24  
Offizierssiedlung 16  
Pilot-Inkubator 22  
praxisintegrierte Erzieherausbildung (PIA) 8  
Radverkehr 12, 13  
Reiss-Engelhorn-Museen 21  
Sanierungsstau 11, 12, 17, 24  
Schönau 11  
Schuldenabbau 2, 5, 24  
Schulentwicklungskommission 11  
Spielplätze 17, 18, 25  
Sprachförderbedarf 7  
Steuererhöhung 3, 5  
strategische Ziele 5  
Stuttgart 21  
Taylor 15  
Turley 15  
Unesco-City of Music 20  
Vereinbarkeit von Familie und Beruf 8  
Verschuldung 15, 16  
Waldhof 19  
Welcome Center 23  
Werkrealschule 11  
Wirtschaftsförderung 22  
Zentrum für darstellende Künste 20

**Es gilt das gesprochene Wort.**

Die nicht gesprochenen Passagen wurden zu Protokoll gegeben.

Herausgeber:  
FDP-Fraktion im Gemeinderat der Stadt Mannheim  
Rathaus in E 5  
68159 Mannheim  
Tel.: +49 621 293-9405  
Fax: +49 621 293-9536  
Internet: [fraktion@fdp-mannheim.de](mailto:fraktion@fdp-mannheim.de)  
Email: [www.fdp-mannheim.de](http://www.fdp-mannheim.de)